

13 NEUE GEMEINDEWOHNUNGEN

Triestersiedlung im Aufschwung

Zwei sanierte Wohnhäuser im Muchitschblock wurden übergeben, die letzten drei folgen mit Jahresende.

und den Anforderungen an zeitgemäßes Wohnen entsprechen – schöner Wohnen im Gemeindebau.

Keine Pause im städtischen Wohnungsamt! In der Weißenhofgasse 8 und 10 wurden eben 13 neu sanierte Gemeindewohnungen an ihre Mieterinnen und Mieter übergeben. „Es ist besonders schön, dass drei der Wohnungen mit einer Nutzfläche von mehr als 100 Quadratmetern speziell für kinderreiche Familien ausgerichtet worden sind“, freut sich Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Im Rahmen einer kleinen Feier konnte Stadträtin Elke Kahr gemeinsam mit Landesrat Seitinger die Wohnungen an die neuen Mieter und Mieterinnen übergeben. „Wir wollen leistbares und schönes Wohnen anbieten“, so das Ziel der Wohnungsstadträtin. Seitinger: „Wir hoffen, dass den Mietern wegen der niedrigeren Energiekosten nun mehr Geld übrig bleibt.“

Die Sanierung des Vinzenz-Muchitsch-Blocks, zu dem diese beiden Häuser gehören, biegt übrigens in die Zielgerade. Die letzten drei Häuser werden bis Jahresende übergeben. Und auch der Innenhof wird noch heuer um 470.000 Euro auf Vordermann gebracht. Kein Wunder, dass die Nachfrage nach Wohnungen in der Triestersiedlung wieder steigt!



Groß war die Freude bei 13 neuen Mieterfamilien im Muchitschblock, die unlängst ihre neu sanierten Gemeindewohnungen beziehen durften. Dabei ergab sich manches Plauscherl mit Wohnungsstadträtin Elke Kahr.



Die städtischen Wohnhäuser wurden mit Fördermitteln des Landes um rund 1,2 Millionen Euro umfassend saniert. Insgesamt 909 Quadratmeter macht die Nutzfläche der Wohnungen aus, die nun über ein schönes Bad, Parkettböden und einen Fernwärmeanschluss verfügen

Vergabe von Gemeindewohnungen – wie es wirklich ist

Gerecht, transparent und einstimmig

In Graz werden Gemeindewohnungen nach einem Punktesystem vergeben, das sozial und transparent ist. Deshalb hat der Wohnungsausschuss, in dem GemeinderätInnen von ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grünen und FPÖ vertreten sind, die Wohnungsvergaben kein einziges Mal beinsprucht!

Am 25.11.2003 unterzeichnete unter anderem auch der damalige FPÖ-Justizminister Böhmendorfer in Brüssel die EU-Richtlinie betreffend die Rechtsstellung von Drittstaatsangehörigen. Am 23.1.2006 setzte die einer ÖVP/BZÖ Regierung angehörende Innenmi-

nisterin Prokop diese Richtlinie per Verordnung um. Aufgrund dieser Verordnung sind Stadträtin Elke Kahr und das städtische Wohnungsamt verpflichtet, auch Nicht-EU-BürgerInnen bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen (zB. zumindest 5-jähriger, legaler Aufenthalt

in Österreich) eine Gemeindewohnung zuzuweisen.

Das wird im Wahlkampf von einigen VertreterInnen anderer Parteien gerne „vergessen“, wenn es darum geht, Stadträtin Kahr für behauptete Ausländerghettos in Gemeindebauten verantwortlich zu machen. Anstatt tatkräftig die Bemühungen der KPÖ zu unterstützen, der immer größer werdenden Zahl von WohnungswerberInnen, die sich auf dem überbelegten „freien“ Markt kein Dach über dem Kopf leisten können, mit einer Wohnbauoffensive zu begegnen (Stichwort: Wohnen auf Kasernengrund), werden

die Grazer und Grazerinnen für dumm verkauft, indem man versucht, ihnen auf niveauloseste Art einzureden, man könne Nicht EU-Bürger einfach von der Zuweisung von Gemeindewohnungen ausschließen, wenn man nur wolle. Freilich ist das seit Inkrafttreten der obgenannten Verordnung nicht mehr möglich.

In einem Fall wurde von einem Ghetto in Puntigam gesprochen. Eine genaue Nachforschung hat ergeben, dass von den 30 MieterInnen 25 österreichische Staatsbürger sind. Lediglich zwei sind Nicht-EU-Bürger. Apropos: Für das Staatsbürgerschaftswesen sind sowohl der Bund (SPÖ/ÖVP) als auch das Land Steiermark (SPÖ/ÖVP) zuständig...

**Rat und Hilfe.
Mieter-Notruf
717108**

